



MAGGASCHNITZ FÜR PROTE

Bedarfszuweisungen 2010 in NÖ

Nach Bezirken und Parteizugehörigkeit der Bürgermeister





Herrschen und teilen

Lange Zeit war es nur ein böser Verdacht, nun liegen handfeste Zahlen vor: Rote Gemeinden bekommen in Niederösterreich um ein Drittel weniger öffentliches Geld als schwarze.

VON EDITH MEINHART

BÜRGERMEISTERIN Sylvia Kögler,

Grafenbach-St. Valentin, SPÖ

Im Vorjahr brauchte Kögler 120.000 Euro für einen neuen Bauhof. Bis zum Sommer hatte das Land 20.000 Euro überwiesen. Die Bürgermeisterin schrieb dem Landeshauptmann, damit komme sie nicht aus. Zwei Tage vor Weihnachten kamen noch einmal 50.000 Euro vom Land. Planbarkeit: null.

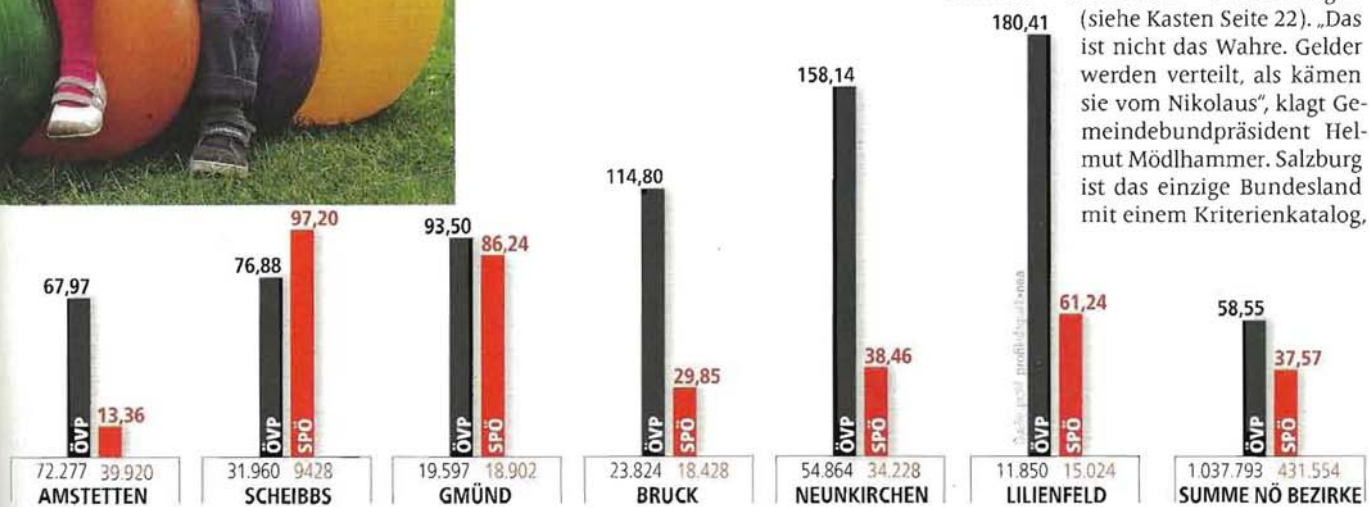
Am Anfang war es ein unbestimmtes Gefühl, das man unter Parteifreunden äußerte. Sylvia Kögler war das nicht genug. Als sie vor einem Jahr Bürgermeisterin von Grafenbach-St. Valentin wurde, wollte sie Zahlen sehen – und die verschlugen ihr die Sprache: 38,46 Euro pro Kopf streiften die roten Gemeinden ihres Bezirks an Bedarfszuweisungen ein. Die schwarzen Gemeinden kamen auf das Vierfache: 158,14 Euro.

Allein im Bezirk Neunkirchen wurden im Vorjahr 9,4 Millionen Euro verteilt. Geld, mit dem irgendwo ein Sozialzentrum errichtet, ein Turnsaal saniert oder ein Dorfplatz verschönert wurde. Jede Ausgabe lässt sich begründen. Schwer zu erklären ist, warum ÖVP-Gemeinden durchgängig üppiger gefördert werden. „Wenn mir jemand die Regeln dafür erklären könnte, wer Geld kriegt und wer nicht, wäre ich glücklich“, sagt Manfred Schweiger, SPÖ-Bürgermeister in Pottenstein.

Bürgermeister schreiben höfliche Briefe, lassen sich mit ÖVP-Landeshauptmann Erwin Pröll ablichten und wissen bis zur letzten Minute nicht, wie viel für ihre Ortschaften herausspringt. Dabei betteln sie nicht um Landesgelder. Was sie wollen, sind Steuereinnahmen, die der Bund im Rahmen des Finanzausgleichs an die Länder weiterreicht, damit diese sie unter den Kommunen verteilen. In Niederösterreich waren es 2010 in Summe 1,3 Milliarden Euro, davon 82 Millionen Euro für Sanierungen und besondere Projekte.

Wie diese Bedarfszuweisungen vergeben werden, obliegt den Ländern. In Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich wurden die Agenden großkoalitionär aufgeteilt. Ebenso in der Steiermark, wo Rot und Schwarz einander – theoretisch – beaufsichtigen

(siehe Kasten Seite 22). „Das ist nicht das Wahre. Gelder werden verteilt, als kämen sie vom Nikolaus“, klagt Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer. Salzburg ist das einzige Bundesland mit einem Kriterienkatalog, ▶

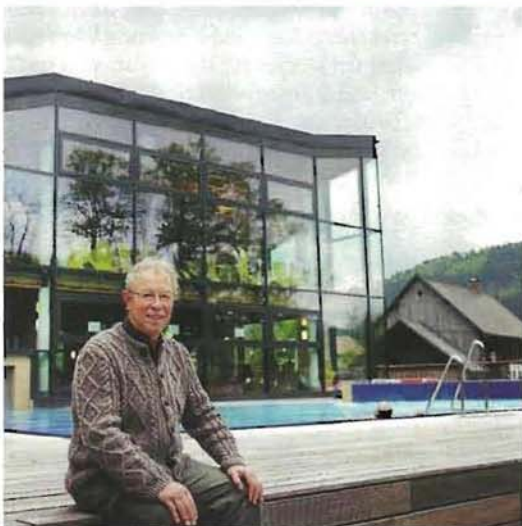


BRANDEN SCHICHT FÜR PROBEL (2)



BÜRGERMEISTER
Franz Gratzler,
Hollenstein, **SPÖ**

Am Ende des Ybbstals liegt Hollenstein. Mehrere Male wurde es von Hochwasser heimgesucht. Zwischen 2006 und 2009 summierten sich die Umweltschäden auf 380.000 Euro. „Das ist der Betrag, der mir jetzt laufend abgeht“, klagt SPÖ-Bürgermeister Gratzler. Die Bedarfszuweisungen – 48 Euro pro Kopf – wurden im Laufe der Jahre weniger. Über die Gründe kann Gratzler nur rätseln: „Willkür ist das, wie im Mittelalter.“



BÜRGERMEISTER
Franz Heigl,
Göstling an der Ybbs, **ÖVP**

Eine viertel Autostunde von Hollenstein entfernt liegt Göstling an der Ybbs (Bezirk Scheibbs). Der Unterschied könnte kaum größer sein. ÖVP-Bürgermeister Franz Heigl kann aufatmen: „Das Ärgste ist überstanden.“ 2010 durfte er sich über 400.000 Euro freuen (218,32 Euro pro Kopf). Zwar müsse Göstling eisern sparen – vom Blumenschmuck bis zu Vereinszuwendungen –, „aber vom Land her wird auf uns geschaut“. Daran ist Heigl nicht unbeteiligt: „Ich bin seit 1975 in der Politik. Ich kenne alle persönlich.“

der Förderungen an der Finanzkraft der Gemeinden ausgerichtet. Von der Sanierung einer Straße bis zum Ausbau eines Kindergartens werden alle Projekte in eine Datenbank eingegeben. Innerhalb weniger Minuten spuckt der Computer aus, mit wie viel Geld die Gemeinden rechnen können. „Dieses System haben wir vor drei Jahren eingeführt und laufend verfeinert. Der Rest Österreichs sollte sich daran ein Beispiel nehmen“, so Mödlhammer.

Danach schaut es in Niederösterreich nicht aus. Unverhohlen werben schwarze Kommunalpolitiker mit ihrem guten Draht ins Landhaus. In der Marktgemeinde Spillern verteilte die ÖVP-Ortspartei bebilderte Folder, auf denen ihr Obmann an Prölls Seite zu sehen ist. Darunter wird stolz vermerkt, man habe 15.000 Euro für den Stra-

ßenbau durchgesetzt: „Der gute Kontakt zu Landeshauptmann Pröll macht sich wieder einmal für die gesamte Gemeinde bezahlt.“ Ihren abgründigen Charme entfaltet diese Aussage bei einem Blick auf die Statistik: Quer durch Niederösterreich schneiden SPÖ-Gemeinden bei den Bedarfszuweisungen um ein Drittel schlechter ab als ÖVP-Gemeinden.

Hannes Weninger sitzt für die SPÖ im Nationalrat und vertritt den Gemeindebund auf europäischer Ebene. Er fordert, das Geld solle an die Gemeinden direkt überwiesen werden. Damit würden unsachliche Motive bei der Vergabe ausgeschaltet: „Es geht nicht nur um Parteipolitik. Manchmal reicht das tief ins Persönliche hinein: Wenn man jemanden mag, gibt man ihm etwas, wenn nicht, dann nicht.“

Die Angst, beim nächsten Geldregen abseits zu stehen, stellt Bürgermeister ruhig. Doch mit der Zahl der Gemeinden, die Bedarfszuweisungen wie einen Bissen Brot brauchen, steigt der Druck, öffentlich zu machen, dass in 15 von 21 Bezirken schwarze Gemeinden bevorzugt werden. In den wenigen Bezirken, in denen es umgekehrt ist, verzerren winzige Ortschaften die Statistik. Etwa im Bezirk Scheibbs: Dort erhielt das rote Puchenstuben 395.000 Euro zugesprochen. Damit macht zwar auch ein kleines Dorf keine großen Sprünge. Doch weil es nur 316 Bewohner zählt, taucht es in der Aufstellung mit einer Förderung von 1250 Euro pro Kopf auf.

„Den Gemeinden geht es schlecht“, konstatiert Rupert Dworak. Er ist Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbands und Bürgermeister von Ternitz. Quer durch das Land brachen die Einnahmen um zehn bis 15 Prozent ein. Gleichzeitig steigen Sozialhilfeumlagen, Kosten für Pflege und Gesundheit sprunghaft an. 2008 floss eine Milliarde Euro Gemeindemittel in die Bauwirtschaft. Nun ist ihre Finanzkraft gebrochen. Ternitz sanierte die Schule, stockte den Kindergarten auf, investierte in Sportanlagen und Lärmschutz. Was geplant wurde, wird fertig gebaut, so Dworak: „Neue Projekte sind nicht drin.“

Je knapper die Budgets, umso schärfer stechen Ungerechtigkeiten ins Auge. „Ich bin kein neidischer Mensch“, beteuert Alfred Filz, SPÖ-Bürgermeister von Schwarzau am Steinfeld, Bezirk Neunkirchen. Von dessen größter Attraktion, dem Frauengefängnis, hat die lokale Bevölkerung wenig: „Wir kämpfen um jeden Cent.“ Wenn Filz in der Zeitung lesen muss, Neunkirchen bekomme um eine Million Euro mehr, mache ihn das „wirklich ärgerlich“. „Wie soll ich das der Bevölkerung erklären?“

In der Bezirkshauptstadt Neunkirchen drehten im Vorjahr die Verhältnisse von Rot auf Schwarz. Der neue ÖVP-Bürgermeister Herbert Osterbauer sagt, er werde „alle Kosten durchleuchten, aber die Stadt nicht zu Tode sparen“. „Dieses Bemühen hat das Land anerkannt.“ Vielleicht hätte das auch seine rote Amtsvorgängerin ge-

schaft, mit Unterstützung des Landes. Ihr gewährte der Landeshauptmann über Monate hinweg nicht einmal eine Audienz. „Mit dem Absolutismus des 21. Jahrhunderts müssen wir aufräumen“, fordert der Neunkirchner SPÖ-Obmann Günther Kautz.

In Sonntagberg, Bezirk Amstetten, trug sich Ähnliches zu: Bis März 2010 regierte in dem 4000-Seelen-Dorf ein Roter. Vergeblich hatte sich der SPÖ-Politiker um Finanzmittel bemüht. Der Geldhahn funktionierte nur tröpfchenweise. Kaum war ihm ein ÖVPLer im Amt nachgefolgt, stand er offen: 2009 musste Sonntagberg mit 26 Euro Bedarfszuweisungen pro Kopf auskommen, 2010 schnellten sie auf 257 Euro hinauf. „Das schürt Neid und Gerüchte, die das Land nicht nötig hätte“, sagt der Amstettener Bürgermeister Herbert Katzengruber.

Peter Kirchweger, Sprecher von Landeshauptmann Erwin Pröll, antwortet auf die Fragen von profil mit der zusammenfassenden Feststellung: „Sie sollten sich bei allen SPÖ-Bürgermeistern, die zum Landeshauptmann kommen, erkundigen, in welcher freundschaftlicher, sachbezogener

Art die Gespräche stattfinden und in welcher Form die Unterstützungen für konkrete Projekte in SPÖ-Gemeinden vereinbart werden. Im Übrigen werden alle Gemeindevendungen vom Landeshauptmann in die Landesregierung eingebracht und nach festgelegten Richtlinien beschlossen. Ihre Fragen lassen auf einseitige Informationen aus der SPÖ-Zentrale schließen, die natürlich kein Interesse an konstruktiver Zusammenarbeit hat.“

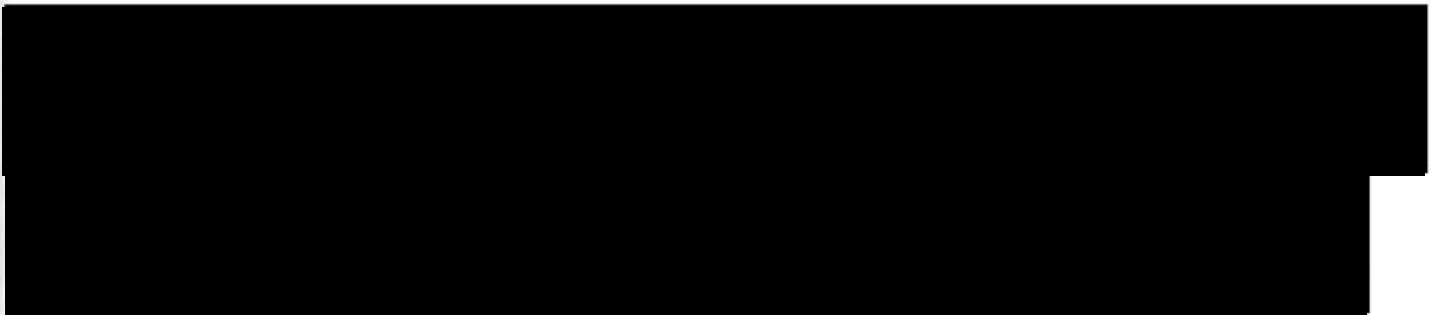
Bis vor wenigen Jahren wurden Gemeindemittel nach dem Wahlergebnis verteilt. „Das war zwar ungerecht, weil der Bevölkerungsanteil nicht zählte, aber vergleichsweise nachvollziehbar“, erzählt Josef Leitner, SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter. Als Leitner 2008 dem Budget seinen Sanktus verweigerte – die Genossen hatten die Zahlen drei Tage zuvor bekommen –, zog Pröll die Gemeindeagenden an sich. Seither kümmert er sich um SPÖ-Ortschaften, ÖVP-Vize Wolfgang Sobotka um schwarze Gemeinden.

Vor zwei Monaten verabschiedete der Kongress der Regionen einen Bericht des

„Ich werde kurzgehalten, weil ich ein Roter bin“

Johann Giefing, SPÖ-Bürgermeister Schwarzenbach

Europarats. Dieser nimmt die Demokratie auf kommunaler Ebene unter die Lupe. In deutlichen Worten rügt er Intransparenz und finanzielle Abhängigkeiten und empfiehlt, den Föderalismus auf neue Beine zu stellen. Manfred Schweiger, seit 2005 SPÖ-Bürgermeister von Pottenstein, kann sich dem nur anschließen. Seine Gemeinde im Triestingtal bekommt pro Kopf 45 Euro an Bedarfszuweisungen. Andere Ortschaften, seiner durchaus ähnlich, erhalten über 200 Euro. Vor drei Jahren forderte Schweiger in einem Parteiblatt „Gleichbehandlung“. Mehr brauchte er nicht. Als er im September 2009 wegen der örtlichen ▶



3SUPER PHONE®



Steirischer Brauch

Ungleichbehandlung: Der Rechnungshof kritisierte die Verteilung der Gemeindegelder in der Steiermark.

In der Steiermark herrscht seit Jahrzehnten die Unsitte, dass die Gemeindegelder nach roten und schwarzen Einflussphären ausgeschüttet werden. Als Aufteilungsschlüssel gilt das Ergebnis der Landtagswahlen. Der rote Landeshauptmann ist für die Subventionierung der sozialdemokratisch (und freiheitlich) regierten Gemeinden zuständig, der schwarze Landeshauptmannstellvertreter für die Ortschaften mit schwarzer Mehrheit. Nur die Aufsicht wurde Ende 2009, als mehrere Gemeinden vor dem Konkurs standen, weil sich schwarze wie rote Bürgermeister verspekuliert hatten,

der jeweils anderen Partei überantwortet.

In trauter Eintracht haben so in den vergangenen Jahren Franz Voves und Hermann Schützenhöfer eine halbe Milliarde Euro an ihre Bürgermeister verteilt, freihändig. Die grüne Opposition im Landtag stellte ein Dutzend Anträge, um eine Aufstellung der Subventionen zu erhalten – bisher ohne Erfolg. Offiziell zu erfahren ist nur die Pauschalsumme, die laut Budgetvoranschlag für das Jahr 2011 unter dem Titel Bedarfszuweisungen 145 Millionen Euro beträgt. Mit großem Aufwand versuchten die Grünen zuletzt mithilfe der Statis-

tik Austria Licht ins Dunkel zu bringen, da die Gemeinden ihre Bedarfszuweisungen jährlich melden müssen. Nach Analyse der grünen Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek würden demnach so genannte „Hoffnungsgemeinden“ bevorzugt: Das sind Orte, in denen ÖVP und SPÖ laut Wahlergebnis knapp beieinanderliegen, in denen also jede Partei hoffen kann, sie bei einer Wahl „umzudrehen“.

Auch Gemeinden, die einen roten oder schwarzen Abgeordneten im Landtag sitzen haben, würden bei Bedarfszuweisungen überdurchschnittlich gut abschneiden. Ein Effekt der proporzmäßigen Zu-

teilung zeige sich laut der Grünen-Politikerin beim Wildwuchs von Gemeinschaftseinrichtungen. Hallenbäder, Sportplätze und Volkshäuser würden oft in unmittelbarer Nähe gebaut, ohne auf Auslastung und gemeinsame Nutzung Bedacht zu nehmen. Die Zuteilung nach Proporz und Wahlergebnis wurde bereits im Jahr 2004 vom Rechnungshof als „finanzverfassungsrechtlich bedenklich“ kritisiert. Die Beurteilung von Förderungsanträgen vom jeweiligen politischen Referenten von SPÖ oder ÖVP gewahre „keine Gleichbehandlung aller steirischen Gemeinden“.

CHRISTA ZÖCHLING

Feuerwehr im Landhaus vorsprach, schob Pröll besagtes Blatt über den Tisch: „Lesen Sie das!“, und gab zu verstehen, es sei nicht klug, sich mit ihm anzulegen: „Ich sitze am längeren Ast.“

Solche Berichte hört man oft. SPÖ-Landtagsabgeordnete Christa Vladyka war vier Jahre lang Bürgermeisterin in Bruck an der Leitha. 2009 machte sie für einen Parteikollegen Platz. Laut Statistik bekommt der 7600-Einwohner-Ort 15,70 Euro pro Kopf – so wenig wie keine einzige schwarze Gemeinde im Bezirk. Als Vla-

dyka noch im Amt war, hatte sie um einen Pröll-Termin gerungen. Als sie in sein Büro kam, wies Pröll auf eine Mappe mit Zeitungsausschnitten und bedeutete Vladyka, jemand, der „solche Aussagen tätige, dürfe sich von ihm nicht viel erwarten“.

Vom Hollensteiner Rathaus bröckelt der Putz, in strengen Wintern rissen Straßen auf, der Hochwasserschutz ist löchrig. Bürgermeister Franz Gratzer braucht an Investitionen nicht zu denken: „Wir sind froh, wenn wir unser Personal zahlen können.“ Nun will auch er beim Land vorsprechen.

„Scheitlknie“ nennt das einer seiner Kollegen. Gratzer kann sich ausmalen, was Pröll ihm sagen wird: Erst müsse er dem Radweg Ybbstal zustimmen, danach könne man reden: „Das ist Pröllistan. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.“

Auch Johann Giefing, seit 27 Jahren SPÖ-Bürgermeister von Schwarzenbach, kämpft gegen den Untergang. Die Finanzkrise setzte dem Ort in der Buckligen Welt zu. Zwar gibt es hier eine gut erhaltene keltische Siedlung und glasklares Bachwasser, aber von winzigen Gewerbebetrieben abgesehen keine Unternehmen und somit kaum Einnahmen. Giefing brauchte mehr Mittel: „Ich werde kurzgehalten, weil ich ein Roter bin.“

Giefings frohgemutes schwarzes Gegenüber heißt Johann Rädler, ist ÖVP-Nationalrat und Bürgermeister von Bad Erlau. In den achtziger Jahren gab es hier Arbeitsplätze in Fülle. Dann sperrten die Textilfabrik und der Ordner-Hersteller Bene zu. Als Rädler 2000 Bürgermeister wurde, lockte er neue Betriebe an. Die Gemeinde beteiligte sich an der Therme Lindsberg Asia. Inzwischen gibt es im Ort 400 Arbeitsplätze. Ob Rädler das ohne öffentliche Mittel geschafft hätte? Er muss nicht überlegen: „Nein, sicher nicht.“



BÜRGERMEISTER Herbert Katzengruber

Amstetten, SPÖ

Als es darum ging, zwei Hauptschulen zusammenzuführen, pilgerte der rote Langzeit-Bürgermeister nach St. Pölten. Landeshauptmann Pröll hatte ein Ohr für sein Anliegen. Ab Baubeginn 2012 fließen Mittel, und Katzengruber könnte zufrieden sein. Doch ihn wurmt, dass „nicht alle fair behandelt werden“. Für vergleichbare Vorhaben gebe es einmal 300.000 Euro, ein anderes Mal 500.000: „Wir brauchen eine Transparenzdatenbank für die Kommunen: Wenn die Fakten erst einmal offenliegen, werden vielen Leuten die Augen aufgehen.“